

Arbeiter-Zeitung

Gen. Pieck spricht am 15. Juli in Zirkus Busch

für Schlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Keesbiter Straße 50, Fernsprecher 480 89. Postfachnummer Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Keesbiter Straße 50 (Wobershaus). Fernsprecher 480 02. Erscheint der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsamt: Breslau. — Anzeigengang: Schlesiens Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau 10, Keesbiter Straße 50. Fernsprecher 460 89.



Proletarier aller Länder: Rüstet zum 1. August!

Zum Internationalen Antikriegstag!

Klassengenossen, werktätige Männer, Frauen und Jugendliche in Stadt und Land!

Seit 14 Jahren, seit dem Ende des Weltkrieges, ist die Gefahr eines neuen und noch größeren Weltgemehls nie so groß gewesen wie in diesen Monaten. Der Kapitalismus, durch die Weltwirtschaftskrise in seinen stärksten Nachpositionen erschüttert, macht die verzweifeltsten Versuche, durch einen Krieg nach innen und außen einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Krieg nach innen — das ist der Bürgerkrieg gegen das Proletariat!

Kapitaloffensive, Lohnabbau, Unterdrückungs- und Rentenabbau, Zerschlagung der Sozialpolitik, Streikabwürgung, Klassenjustiz, faschistischer Mordterror — das sind die Methoden des Angriffs und des schon begonnenen Bürgerkrieges gegen das Proletariat und die werktätigen Volksmassen. Der Kampf der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der jungen Werktätigen und Frauen für die Sicherung ihrer nackten Lebenseristenz wird mit den Mitteln brutaler Gewalt durch die Machtmittel der Bourgeoisie niedergeschlagen. Den Hungerstreik der Erwerbslosen versuchen die kapitalistischen Machthaber mit Gewehrsalben zu ersticken. Der Faschismus, der in einer Reihe von Ländern bereits sein blutiges Regiment errichtet hat, steht auf dem Sprung, seine mörderische Diktatur gegen die werktätigen Massen in einer Reihe weiterer kapitalistischer Länder aufzurichten.

Krieg nach außen — das ist der imperialistische Krieg gegen China, die Niederschlagung der um ihre nationale Freiheit ringenden unterdrückten Völker, das sind vor allem die Kriegsprovokationen gegen die

Sowjetunion, das ist die unmittelbare Vorbereitung des neuen imperialistischen Weltgemehls!

Der japanische Imperialismus steigert sieberhaft seine Interventionsrüstungen gegen die Sowjetunion und sendet große Truppenmassen gegen die Grenzen unseres sozialistischen Vaterlandes. Die Mandchurei ist bereits in ein waffenstarrtes Kriegsgebiet verwandelt.

Die imperialistischen Mächte: Frankreich, England, Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und die Vereinigten Staaten von Amerika liefern dem japanischen Imperialismus Waffen und Munition in ungeheuren Mengen für den Raubkrieg gegen China und zur Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion. Die Rüstungsmagnaten machen heute bereits Niejengeschäfte und münzen aus dem Blut der niedergemehelten chinesischen Arbeiter und Bauern klingendes Gold. Die weißgardistischen Banden, denen seitens der Bourgeoisie in den Hauptstädten der kapitalistischen Länder bereitwillig Unterschlupf gewährt wird, formieren mit Unterstützung der kapitalistischen Regierungen immer offener ihre verbrecherischen Stoßtrupps gegen die Sowjetunion. Sie sind die Organisatoren der blutigen Provokationen und Attentate in den verschiedenen Ländern, um den Krieg gegen die Sowjetunion zu provozieren.

Der zynische Schwindel der kapitalistischen Regierungen mit ihren „Abrüstungs-“ und „Friedens“-Konferenzen erweist sich vor den Werktätigen aller Welt immer sichtbarer als schamloser Betrug. Die sogenannte „Abrüstungs“-Konferenz des Völkerbundes hat so gearbeitet, wie es allein die Kommunisten vorausgesagt haben. Die wirklichen Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion wurden abgelehnt.

Statt Abrüstung, wird in allen kapitalistischen Ländern fieberhaft aufgerüstet, es werden die endgültigen Vorbereitungen zu einem neuen imperialistischen Kriegsverbrechen getroffen.

In allen kapitalistischen Ländern schließen sich die Todfeinde der Arbeiterklasse zu einer einzigen reaktionären Front gegen die werktätigen Massen zusammen.

Deutschland steht heute unmittelbar vor der Errichtung der faschistischen Diktatur

In der vom Feldmarschall Hindenburg, dem Präsidentenkandidaten der Sozialdemokratie, berufenen Regierung der Industrieherrn, Junker und Generale stehen die Vertreter der äußersten Reaktion, die unter Ausnutzung der chauvinistischen und nationalistischen Betäubung breiter Massen mit Hilfe des Nationalsozialismus die beschleunigte Vorbereitung für einen neuen imperialistischen Krieg der deutschen Bourgeoisie als einen Ausweg aus der Krise treffen. Mit der politischen und militärischen

Ohne Munition

ist kein Kampf zu führen; darum nütze alle Möglichkeiten aus, für den Kampffonds der Antifascistischen Aktion zu sammeln

Vorbereitung zum Interventionskrieg wird gleichzeitig die Hege gegen die Sowjetunion geleistet.

Im Vordergrund der Hege- und Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion und gegen das revolutionäre Proletariat aller Länder stehen die Führer der II. und der Amsterdamer Internationale. Der heuchlerische Aufruf der II. Internationale, der mit einigen hochtrabenden Phrasen gegen die Kriegs- und Interventionsgefahr Stellung nimmt, ist in Wirklichkeit nur der Versuch der Wandervogel, Blum, Adler, Henderson, Wels & Co., um ihre Teilnahme am Antisowjetkrieg zu verschleiern.

Man kann gegen den imperialistischen Krieg nicht kämpfen, wenn man gleichzeitig dem Imperialismus die Mittel zur Aufrüstung bewilligt.

Man kann keinen Kampf gegen die Waffen- und Munitionstransporte für den japanischen Imperialismus führen, wenn man gleichzeitig erklärt, daß „die Einstellung der Fabrikation von Kriegsmaterial das Problem der Erwerbslosigkeit unvermeidlich verschärfen würde“ (Smethurst in der Zeitschrift des englischen Maschinenbauverbandes), wenn man gleichzeitig die Arbeitermassen durch die verbrecherische Losung „Krieg bringt Arbeit!“ vom Kampf gegen das neue Völkergemehel abhält. Man kann die Sowjetunion nicht verteidigen, wenn man erklärt, daß „die Sowjetunion genau so wie Japan gegenüber China eine imperialistische Macht ist“ („Vorwärts“ vom 10. Februar 1932.)

Das ist es, was in der gegenwärtigen Situation der unmittelbaren Kriegs- und Interventionsgefahr vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen müssen.

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg kann nicht mit papierernen Resolutionen, nicht mit feierlichen, heuchlerischen Friedensbeteuerungen, sondern nur durch die revolutionäre Tat der Arbeiterklasse im Bunde mit den nationalunterdrückten Völkern der ganzen Erde geführt werden. Der Kampf



Machtvolle Kundgebung der Antifascistischen Aktion am Montag in Breslau (Striegauer Platz, Teilsicht)

ALLE ANTIFASCHISTEN FÜR DIE LISTE 3

10.-17. Juli: Antifaschistische Woche!

Antifaschisten, steigert eure Offensive gegen Notverordnungs-, Renten-, Lohn- und Unterstützungsabbau! Werbt unermüdet neue Kämpfer für die Kommunistische Partei! Agitiert für die Liste der Antifaschisten, für Liste 3! Die Woche vom 10. bis 17. Juli muß eine Flut antifaschistischer Werbung zur Eroberung der Betriebe und Stempelstellen, zur Schaffung und Erweiterung des roten Massenselbstschutzes sein, zur Entfaltung mächtiger antifaschistischer Demonstrationen!

Der polnischen Hafenarbeiter in Gdingen, der Streik der holländischen Arbeiter in Rotterdam und Hamburg, der Streik der Chemiker in Mitteldeutschland, der Streik der Hafenarbeiter in Danzig, der Streik der deutschen Seeleute, die Revolten der französischen Soldaten, die Meuterei in der englischen Kriegsschiff, der wehrhafte Widerstand der revolutionären Soldaten und Arbeiter in Shanghai gegen die japanischen Interzessionsstruppen, die Soldatenaufstände in der japanischen Armee — sind die ersten Flammenzeichen des beginnenden aktiven Kampfes gegen das imperialistische Kriegsgewinn.

Der siegreiche Kampf gegen den Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion erfordert gebieterisch die einheitliche revolutionäre Kampffront aller Werktätigen

Die unterzeichneten Kommunistischen Parteien rufen die werktätigen Massen aller kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Länder auf, diese kämpfende Einheitsfront über alle Hindernisse hinweg zu formieren. Sie appellieren besonders an die sozialdemokratischen Arbeiter und rufen sie zum gemeinsamen Kampf, Schulter an Schulter, gegen den Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion auf. Sie rufen den sozialdemokratischen Arbeitern zu:

Klassengenossen! Werktätige in Stadt und Land! Mit der Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistischen Räuber und ihre faschistischen Soldknächte verteidigt ihr eure eigenen Lebensinteressen, kämpft ihr gegen den imperialistischen Krieg!

Der 1. August muß im Zeichen der sieghaften revolutionären Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, im gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Reaktion, im Kampfe gegen die Kriegsgefahr, im Kampfe für die Verteidigung der Sowjetunion stehen!

In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, an jeder Stempelstelle, in den Gländquartieren der Städte und auf dem Lande müßt ihr euch zusammenschließen zum revolutionären Massenkampf:

Gegen die Kapitalsoffenfive, gegen Streikbruch und Koalitionsraub!

Gegen den Faschismus und seine Wegbereiter die sozialdemokratischen und reformistischen Führer!

Gegen die imperialistischen Kriegstreiber!

Für die Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen! Für die soziale und nationale Befreiung aller unterdrückten Völker!

Für den Schutz der Sowjetunion!

Steigert den Kampfablauf gegen die Kriegsproduktion, die Waffen- und Munitionstransporte!

Formiert die revolutionäre Einheitsfront gegen Hunger und Elend, gegen Faschismus und Krieg! Kämpft für den Sieg des Sozialismus!

Den 1. Juli 1932.

Die Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frankreichs, Englands, der Tschechoslowakei, Polens, Rumaniens, Italiens, der Vereinigten Staaten von Amerika (Sektionen der Kommunistischen Internationale).

„Kölnische Volkszeitung“ verboten

Leipzig, 5. Juli. (Sig. Ber.) Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts befahte sich heute entsprechend dem Antrag des preussischen Innenministers Severing mit dem von der Reichsregierung geforderten fünfjährigen Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“, des führenden Organs des westdeutschen Zentrum. Der Senat erklärte das Verbot für die Dauer von 3 Tagen zulässig, weil das Blatt den Reichsfiskus verächtlich gemacht habe. Nunmehr wird der preussische Innenminister die „Kölnische Volkszeitung“ auf 3 Tage verbieten.

Ziegelei Breslau-Pilsnik im Streit

Breslau, 6. Juli. Die Belegschaft der Ziegelei Pilsnik — 60 Mann stark — ist gestern gegen den geplanten Lohnabbau in den Streit getreten. Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich gegen den Streit ausgesprochen, sie will den Schiedspruch, der heute gefällt werden soll, abwarten.

Die Annahme des Streikkampfes, bevor der Schiedspruch gefällt ist, widerbiegelt gerade den revolutionären Kampfeswillen der Belegschaft, auf alle Fälle jeden fleißigen Lohnabbau zu verhindern. Die Ziegeleiarbeiter haben ein neues Beispiel gegeben, daß die Arbeiterklasse überall mit der Waffe des Streiks die Unternehmerangriffe und die Angriffe des Staatsapparates auf die arbeitende Klasse abwehren muß. Am Freitag dieser Woche wird zum erstenmal die Verhaftungshüter in Abzug gebracht. Deshalb müssen alle Betriebsbelegschaften gegen den Steuerabzug mobil gemacht werden.

Für Entsendung von Delegierten zum Berliner Einheitskongreß

Duisburg, 6. Juli. (Sig. Drahtbericht.) Der Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion von Duisburg-Laar, der sich aus 12 Arbeitern, und zwar zwei Sozialdemokraten, zwei Christen, sechs Parteiloosen und drei Kommunisten zusammensetzt, richtete an den provinziellen Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion in Berlin ein Begehrungsformular, in dem es heißt:

„Euer Schreiben zur Einberufung eines Einheitskongresses ist auch für uns, die wir einen solchen in Duisburg-Damborn organisieren, ein Wegweiser und wird darum von uns außerordentlich begrüßt. Um nun im ganzen Reichsmasstab die Antifaschistische Aktion auf überpartei-

licher Grundlage in breiter Form voranzutreiben und zu vereinheitlichen, schlagen wir euch vor, an alle Bezirke und Gaue Duisburgs eine Aufforderung zu richten, zu Eurem Kongreß je einen Delegierten zu entsenden, damit gemeinsam zusammengeführt die erste Grundlage zu einer einheitlichen Durchführung und Weiterentwicklung der Antifaschistischen Aktion im Reichsmasstab gebildet werden kann. Wir sind bereit, auch unsererseits solche Delegierte zusammenzustellen und mit Eurem Einverständnis zu Eurem Kongreß zu entsenden.

Mit proletarischem Gruß
Einheitsausschuß Duisburg-Laar der Antifaschistischen Aktion.“

Jeder Antifaschistische Kämpfer

liest und verbreitet den grundsätzlichen Artikel des Gen. ERNST THALMANN:

Zu unserer Strategie und Taktik im Kampfe gegen den Faschismus

Im neuen Heft der Zeitschrift

DIE INTERNATIONALE
Heft 6 / 1932 Einzelpreis 20 Pf.

Severing lobt Papen und Hitler

Wärmende Erklärung der SPD.-Führung — Blutige Verhöhnung der SPD.-Arbeiter

Auf der Grundlage der Erklärung des 3. Juli in Düsseldorf hat die SPD.-Führung eine Erklärung zum 10. Juli veröffentlicht, die die folgenden Punkte enthält:

„Wenn der Nationalsozialist durch die Tat beweise, daß er fruchtbare Arbeit zu leisten imstande sei, würde ihm die SPD. die Anerkennung nicht versagen. Den augenblicklich Regierenden sei nicht abzuspahren, daß sie gute Patrioten sind und von dem guten Glauben an den Erfolg ihrer Arbeit bejezt seien.“

„Die SPD. hat die Verantwortung für die Revolutionäre Arbeiterbewegung auf sich zu nehmen. Die SPD. hat die Verantwortung für die Revolutionäre Arbeiterbewegung auf sich zu nehmen.“

„Die SPD. hat die Verantwortung für die Revolutionäre Arbeiterbewegung auf sich zu nehmen.“

Severing proklamiert die Einheitsfront mit „den guten Patrioten“ Papen und Hitler! Sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter, antwortet auf diesen Feilschenhieb Severings in euer Antlig mit der Einheitsfront mit den Kommunisten.

weisen Arbeiter zur Niederlegung des Faschismus. Die dargebotene Hand des kommunistischen Arbeiters zum gemeinsamen Kampf wird nicht mehr zurückgewiesen; das Verhalten der SPD.- und Reichsbannerführer dagegen ist ein einziger Versuch, die Einheitsfront zu zerschlagen, selbst unter Zuhilfenahme der Ordonnats-Polizei. Die Kommunisten besitzen es sich nicht nehmen lassen, ihren Einheitswillen mit der sozialdemokratischen Arbeiterklasse zu demonstrieren. Im Laubbogen selbst bildeten sich zahlreiche Diskussionsgruppen, wo Tausende revolutionäre Arbeiter mit den sozialdemokratischen Massengenossen über Wege und Ziel der Antifaschistischen Aktion, des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus diskutierten. In dem Demonstrationszug selbst marschierten Gruppen mit dem Banner und dem Abzeichen der Antifaschistischen Aktion zum Kampf gegen den NS-Verbot, gegen Faschismus und Papen-Regierung, für die kämpfende Einheit der Arbeiterklasse, für die Lösung der Antifaschistischen Aktion auffordernd; so zum Beispiel im Pantower Demonstrationszug, wo hunderte revolutionäre Arbeiter unter ihrem Banner wüthend demonstrieren. Die Demonstrationsführung und einige SPD.-Funktionäre versuchten die Einheitsdemonstration zu ver-

hindern; die Reichsbannerarbeiter erklärten jedoch, die Teilnahme an der Demonstration zu verweigern. Erst daraufhin ließen die SPD.-Führer von ihrem Sprengungsversuch ab, genau so wie der geschlossene Protest der SPD.- und NS-Verbot- und NS-Verbot- Arbeiter es verhinderte, daß die Polizei ein Banner der kommunistischen Partei aus dem Zuge heraus beschlagnahmte.

Nazi-Amnestie in Braunschweig

Braunschweig, 6. Juli. (Sig. Drahtbericht.) Der Hauptausschuß des Landtages hat gestern mit dem Stimmen der Regierungspartei einen nationalsozialistischen Amnestie-Antrag angenommen. Von dieser Amnestie sind die proletarischen, politischen Gefangenen ausdrücklich ausgeschlossen. In dem angenommenen Amnestiegesetz heißt es: „Ausgenommen sind davon die, die die Volksgemeinschaft durch Klassenkämpferische oder internationale Bestrebungen gefährden.“ Da dieser Ausschuß Gesetz beschließen kann, ist die Nazi-amnestie endgültig angenommen.

Für Antifaschistische Aktion im Betriebe

RGD.-Mitgliederversammlung der Straßenbahn, Werkstatt 5, appelliert an die RGD.-Kollegen der anderen Bahnhöfe — Werbeerfolge für Partei und RGD.

(Betriebskorrespondenz)

Breslau, Am Freitag, dem 1. Juli, hielten die RGD.-Mitglieder der Straßenbahn, Werkstatt 5, ihre Mitgliederversammlung ab. Als Thema stand: „Die Lohnpolitik der freien Gewerkschaften und der Schiedsgericht vom 13. Juni 1932.“ In der Diskussion wurde gerügt, daß die revolutionäre Arbeiterklasse noch nicht genügend treu zu ihrer Sache steht. Denn gerade darin besteht die politische Schulung am besten. Es wurden mehrere Annahmen getätigt sowie zwei Neu-annahmen für die Partei. Durch den festen Willen, die revolutionäre Arbeit zu fördern und in den Vordergrund zu stellen, wurde eine fünf-köpfige Leitung gewählt und zum Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen, welche einstimmige Annahme lautet:

„Die heutige Mitgliederversammlung der RGD. des Bahnhof 5 fordert alle RGD.-Kollegen der anderen Bahnhöfe auf, in ihren Bahn-

höfen ebenfalls die Betriebsversammlungen durchzuführen. Die Kollegen des Bahnhof 5 verpflichten sich, alle ihre Kräfte einzusetzen, um auch die Antifaschistische Aktion im Betriebe zu organisieren und zu führen.“

Am kommenden Freitag wird bei der Lohnzahlung zum ersten Male die Beschäftigungssteuer abgezogen werden. Die RGD.-Kollegen müssen diese Gelegenheit zur Mobilisierung der Belegschaften gegen diesen indirekten Lohnabbau ausnützen. Kein Steuerabzug, oder der Unternehmer soll ihn aus der eigenen Tasche zahlen! Antifaschistische Aktion in der Tat heißt: Kampf mit allen Mitteln auch gegen Steuerabzug!

Wachsender Einheits- und Kampfeswille auch der SPD.-Arbeiter

Berlin, 5. Juli. (Sig. Drahtbericht.) Gestern hatte auch die „Eiserne Front“ zu einer Demonstration im Laubbogen aufgerufen. Die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannerarbeiter bewies, daß der Einheitswillen der Antifaschistischen Aktion bei allen Arbeiterkreisen einen tiefen Grund hat, so lag die vollkommene Zustimmung gefunden hat. Klar und eindeutig zeigte sich gestern der Einheits- und Kampfeswille auch der sozialdemokra-

Bildbericht der Woche

Barrikaden in Berlin



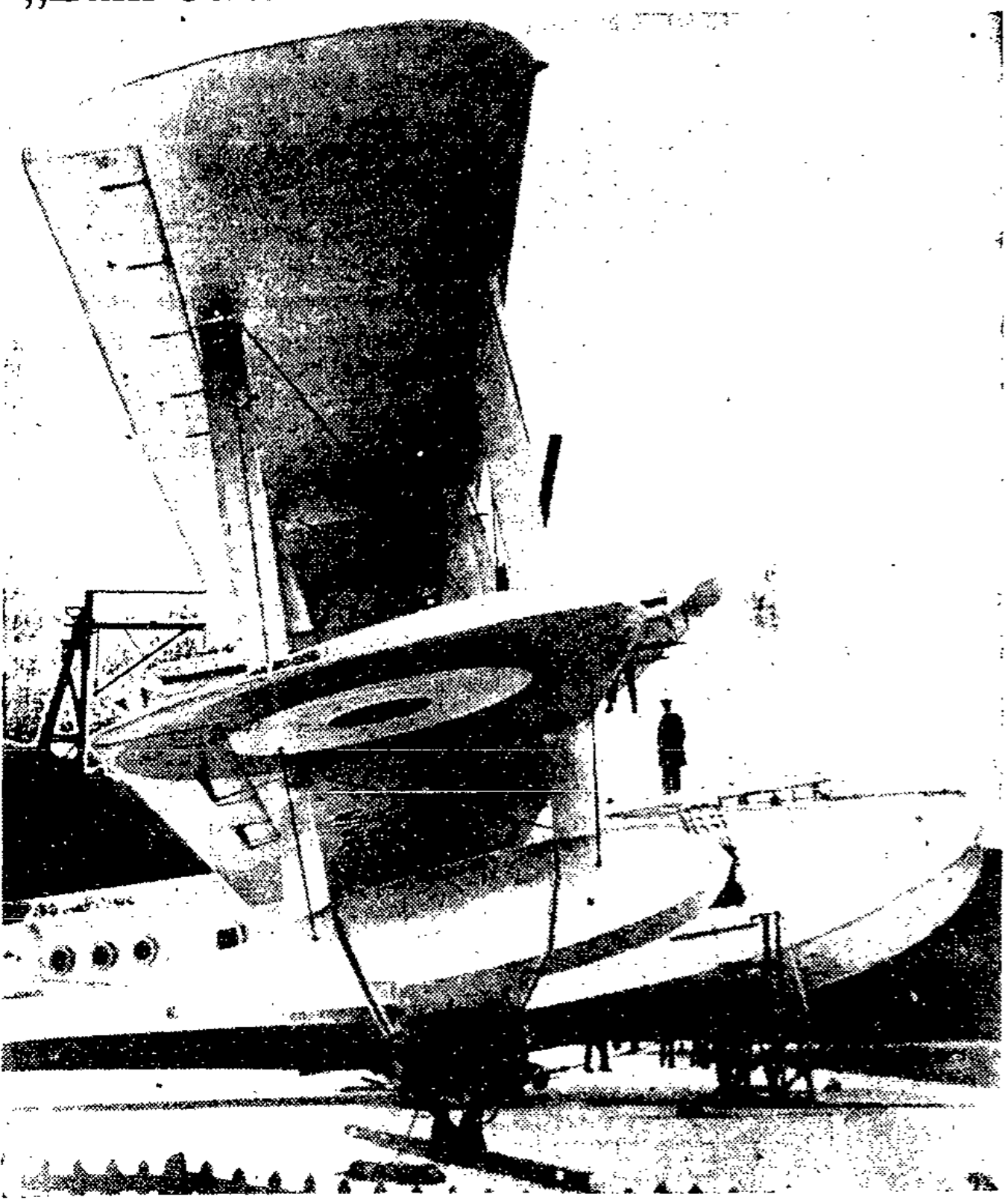
Vor einigen Tagen über die SA. das Moabiter Arbeiterviertel. Sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter schlossen sich zusammen, um den Faschistenterror abzuwehren. In einigen Straßen wurden aus Steinen und Brettern Barrikaden errichtet. Die Polizei ging mit aller Schärfe gegen die sich verteidigende proletarische Bevölkerung vor. Die Moabiter Nazikaserne wurde nicht geschlossen.

Mr. Ford glaubt, daß . . .



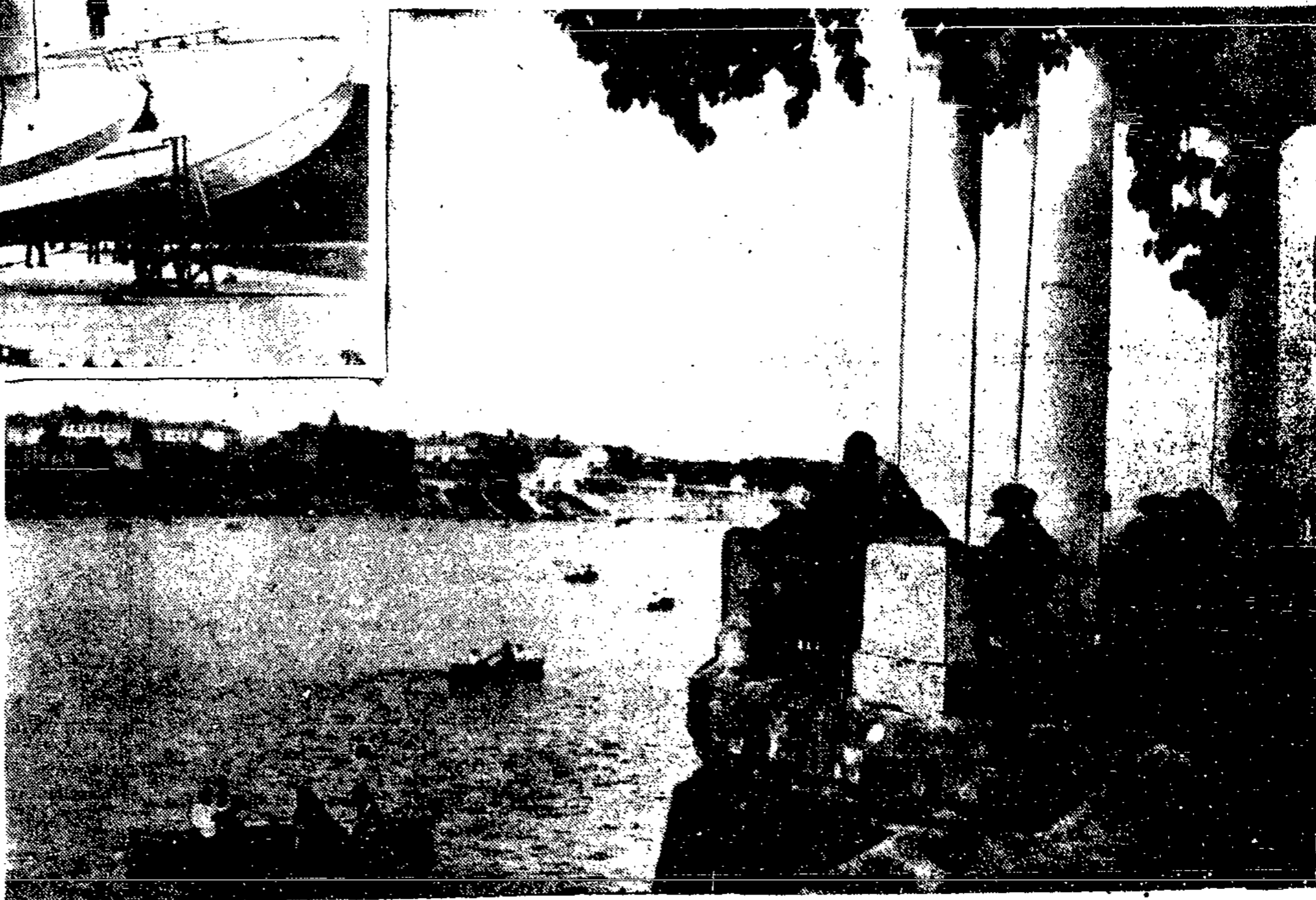
Henry Ford hat dem Journalisten A. E. Johann durch sein Büro ein Interview übermitteln lassen, worin es u. a. heißt: „Mr. Ford glaubt, daß die gegenwärtigen Erfahrungen nicht das Ergebnis haben werden, daß die Massenproduktion eingeschränkt wird . . . Mr. Ford sieht die Depression im ganzen als eine heilsame (!) Periode an . . .“ — Neulich demonstrierten wieder in Detroit 3000 Männer und Frauen, die Mr. Ford wegen Arbeitsmangel aus seinen Fabriken auf die Straße geworfen hat. Hier sehen wir eine Führerin der Massen, die sich gegen ihre Verhätigung wehrt. — Welch ein großer Prophet ist doch Mr. Ford . . .

„Zum Schutz der unterdrückten Nationen“



In England wurde dieser Tage das größte Kriegslflugzeug der Welt vollendet. Es wiegt 33 Tonnen, und seine Flügel haben eine Spannweite von 40 Meter. Die Maschine ist auf Langstreckenflug konstruiert und wird hauptsächlich zu Fahrten nach den Britischen Kolonien verwendet werden, wohin sie sicherlich die Zivilisation bringen soll. — Man kann damit natürlich auch nach der Sowjetunion fliegen . . .

Ein Sommerabend an der Moskwa



Der Moskauer Kulturpark ist am Beginn der warmen Jahreszeit wieder eröffnet worden. Täglich finden dort, an den Ufern des Moskwa-Flusses Tausende nach getaner Arbeit Erholung. — Unser Bild zeigt einen Pavillon im Park mit besonders schöner Aussicht auf den Fluß.

Gewerkschaftsbürokraten sabotieren die rote Einheitsfront

Gewerkschaftsbürokraten sabotieren die rote Einheitsfront. **Breslau.** Am 1. Juli fand im „Lesing“ eine allgemeine Betriebsversammlung der gesamten Belegschaft des W. V. statt. In einer vor kurzem stattgefundenen Abteilungsversammlung der Haushälter, Kutscher, Chauffeure und Schlosser wurde einstimmig verlangt, daß der Arbeiterratsvorsitzende eine Gesamtbelegschaftsversammlung einberuft. Die Kollegen sind der richtigen Meinung, daß durch die dauernd wachsenden Angriffe der Unternehmerschaft auf die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft eine **geschlossene Abwehrfront aller Abteilungen des Betriebes** entgegengestellt werden muß.

In einer Arbeiterratsitzung beantragte das rote Arbeiterratsmitglied die sofortige Einberufung dieser allgemeinen Versammlung. Der Arbeiterratsvorsitzende mußte dem Druck der Belegschaft nachgeben, machte aber zur Bedingung, daß nur Vertreter der „statisch anerkannten Gewerkschaften“ zugelassen werden. Damit die Frage der kämpfenden Arbeitsfront auch im Betrieb einmal gestellt werden kann, erklärte sich der rote Betriebsrat unter Protest damit einverstanden. Als nun der Arbeiterratsvorsitzende noch einmal im Gewerkschaftshaus vorsprach, erklärten ihm die Vertreter der Gewerkschaft, daß es noch nicht angebracht sei, eine allgemeine Betriebsversammlung zu machen, zumal im W. V. ein Kampfausschuß besteht, mit dem die Kollegen nichts zu tun haben wollen.

Die Furcht der Gewerkschaftsbürokraten

Nun griff der Kampfausschuß ein und der Arbeiterratsvorsitzende sah sich gezwungen, jetzt endgültig eine allgemeine Betriebsversammlung stattfinden zu lassen. Die Gewerkschaftsvertreter hatten aber das Angstgefühl, daß, wenn auch der Vertreter der W. V. bei der allgemeinen Betriebsversammlung ausgeschaltet war, die rote Einheitsfront trotz ihrer Verneblungsreden hergestellt werden könnte, deshalb griff die Gewerkschaftsbürokratie zu einem gerissenen Mittel. Sie befahlen ihren ergebenen Betriebsräten, in aller Stille vor der Betriebsversammlung eine Versammlung der Mäder und Nähmaschinenarbeiter des Betriebes abzuhalten. In dieser Versammlung hielt **Rawroth** vom Nahrungs- und Getränkeverband eine Rede, die eine einzige Sekrede gegen die W. V. und den Kampfausschuß war. Nachdem man nun annahm, die Kollegen genügend verhebt zu haben, berief man die allgemeine Versammlung ein.

In dieser allgemeinen Versammlung erschien **Rawroth** und **Cassan** vom obenstehenden Verband und **Ständer** vom Gesamtverband. Kurz nachdem der Arbeiterratsvorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, ging ein Antrag der Kollegen ein, der forderte, auch einen Vertreter der W. V. zuzulassen und der auch begründet wurde.

Dieser Antrag wäre mit Mehrheit angenommen worden. Da sprangen die Gewerkschaftsbürokraten dem Arbeiterratsvorsitzenden zu Hilfe und erklärten: „Wenn hier ein W. V.-Vertreter spricht, dann kann der Arbeiterratsvorsitzende entlassen werden,“ außerdem seien sie nur gekommen, wenn nur sie sprechen dürften, sprachen dann von Ueberrumpelung usw. mehr. Mit dieser Methode wollten sie die Versammlung vorzeitig sprengen.

Der rote Betriebsrat zeigt den Ernst der Situation

Als erster nahm zu den Betriebsangelegenheiten der rote Betriebsrat das Wort. In seinen Ausführungen zeigte er die ungeheuren Notverordnungen und Angriffe der Baven-Regierung und der Unternehmerschaft auf die Arbeiterschaft. Ferner wies er auf die Gefahren hin, die der Arbeiterschaft durch Urlaubsbraub, 40stündige Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und Arbeitsdienstpflicht droht. Einige Kollegen, die nach ihm sprachen, unterstützten und unterstrichen seine Ausführungen. Ja selbst ein SPD.-Mann mußte zugeben, daß in den Ausführungen des W. V.-Kollegen nur Wahrheiten enthalten sind. Die Gewerkschaftsvertreter wurden von den Kollegen nun aufgefordert, zu erklären, wie sie den Kampf im Interesse der Arbeiterschaft führen wollen. **Ständer** wartete auf einen günstigen Moment und verschwand. **Cassan** vom Nahrungs- und Getränkeverband erklärte in demagogischer Weise, „Politik habe nichts mit Betriebsangelegenheiten zu tun“, und sein Kollege **Rawroth**, welcher in der vorherigen Versammlung eine große Hejrede gegen die W. V. gehalten hatte, sprach von Burgfrieden und dergleichen. Plötzlich sollten die Kollegen nicht mehr von den arbeitserfeindlichen Taten der W. V. und SPD.-Führer sprechen. Das ist wirklich eine feine Gesellschaft. Zu den Taten der Baven-Regierung und den Verschlechterungen, die täglich der Arbeiterschaft drohen, fand keiner dieser Drei den Mut zu sprechen. Sie hatten gemerkt, daß ihr Schmutz selbst von den gewerkschaftstreuen Kollegen nicht mehr geglaubt wird.

Burgfrieden oder kämpfende Einheitsfront

Der rote Betriebsrat zeigte nun den Anwesenden, warum die Gewerkschaftsführer, die die Notverordnungen unterstützen und die Arbeiter für Hindenburg wieder an die Wahlurne geführt haben, zur wirtschaftlichen und politischen Lage nicht sprechen können. Mit diesen Führern kann es im Interesse der Arbeiterschaft keinen Burgfrieden geben, die werden niemals mehr einen Kampf für die Arbeiterschaft führen. Jetzt verlangten die Kollegen, daß der Kampfausschuß erweitert werde. Da wurden die Gewerkschaftsbürokraten plötzlich wieder munter und erklärten, Gewerkschaftskollegen dürfen

dem Kampfausschuß nicht angehören. Es gelang ihnen auch dadurch, noch einmal einen Teil der Kollegen einzuschüchtern, welche unter diesem Druck der Gewerkschaftsvertreter den Saal verließen, da sie befürchteten, bei evtl. Beteiligung am Kampfausschuß aus dem Verband ausgeschlossen zu werden. Von den zurückgebliebenen, der Gewerkschaft angehörenden Kollegen erklärten mehrere, daß sie mit der Haltung der Gewerkschaftsführer nicht einverstanden sind, und sie sprachen sich für die Herstellung der roten Einheitsfront im Betriebe aus.

Zum Schluß der Versammlung erklärte der rote Betriebsrat, daß die im Betriebe sich bildende, kämpfende Einheitsfront trotz Sabotage nicht mehr aufzuhalten ist. Die Kollegen dürfen nur nicht schüchtern sein, sondern zielbewußt und zielklar sich in die rote Einheitsfront einreihen und zur antisowjetischen Aktion schreiten. Der Beifall, der dem roten Betriebsrat gezollt wurde, dürfte der beste Beweis dafür sein, daß die Kollegen in der roten Einheitsfront zum Kampf gegen Faschismus und Lohnabbau entschlossen sind.

Menschen am Leihamt

Mit der zunehmenden Not wird der Betrieb des Leihamts täglich mehr und mehr von Arbeitern, Arbeiterinnen und Mittelständlern, die ihr letztes Hab und Gut, ihre letzten „Kostbarkeiten“ da herauftragen, um ihr Leben kräftig zu können, überlaufen. Da stehen sie, alte Frauen und Männer, junge Menschen, deren Augen noch an dem hängen, was sie da hinter dem Schalter verlieren.

Ein Jungarbeiter, der gefragt wird, wie spät es sei, antwortet mit einem Versuch, es lustig zu nehmen: „Mein Pflandstein tickt nicht!“ Ein anderer sagt: „Na, morgen kommt die Bettstelle dran, und dann schlafe ich auf der Diele.“ Die gleiche Not bedingt bei diesen Menschen auch die gleiche Empörung gegen die Ausbeutung durch die kapitalistische Gesellschaft. Eine alte Arbeiterfrau drückt das so aus: „Jetzt haben sie mir wieder 6 Mark von der Rente abgezogen; es wird nicht lange dauern, da langt die Rente nicht einmal für den Sarg.“ Als jetzt einer vom Dritten Reich spricht, lacht alles. „Natürlich“, sagt ein Jungarbeiter, „eine Produktion wird im Dritten Reich bestimmt steigen, die Sargproduktion; und auch die Totengräber werden neue Kräfte einstellen müssen.“

Eine Frau nimmt die „Arbeiter-Zeitung“ aus ihrer Tasche und zeigt den Anstehenden, die in langer Reihe auf Abfertigung warten, den Bericht über die Entbindung im Pferdehals. Jede Frau bemüht sich nun, den Artikel zu erhalten, man sieht deutlich, wie die Nachricht von einem zum anderen, bis zum Schalterbeamten, läuft. Die Frauen und Männer sind einig in der Begeisterung über die Selbsthilfeaktion der Arbeiter und einig in ihrer Entrüstung über die rigorose Tat des Wohnungsamtes. Ein großer, breitschultriger Arbeiter, der seine goldene Uhr verlegen will und sie aufeinander ansieht, sich gar nicht von ihrem Blick trennen kann — sie ist ein altes Andenken! —, sagt: „Ja, die Kommunisten in Scheitling, das sind Kerle!“ Der Jungarbeiter antwortet darauf: „Nicht nur in Scheitling, sondern überall!“ Als ein Jungarbeiter die Sammelkiste einer proletarischen Solidaritätsorganisation aus der Tasche bringt, zeichnen viele Menschen, die die Kerne der Armen sind, begeistert von der Solidarität der Arbeiter gegenüber der schwächeren Proletarierin, die letzten Groschen, trenn ihrer entbehrlichen Not, auf diese Kiste. Da immer neue Menschen kommen und immer die Köpfe der Neuankommenden von dem Erlebnis ausstrahlen, bleibt die Aktion der Scheitlinger Arbeiterin und des brennenden Verwehens der bürgerlichen Bürokratie gegenüber der Arbeiterin Schwarz den ganzen Tag das Gesprächsthema der verlassenen Massen am Leihamt. Jon.

An die Raucher in Schlesien

Es gibt wieder die so beliebte



Rarität No. 200

mit Goldmundstück u. ohne Mundstück

Der vortreffliche Ruf dieser Zigarette bürgt für hervorragende Qualität

